



Ausarbeitung

Demokratieförderung an Schulen



Demokratieförderung an Schulen

██████████
Aktenzeichen:

██████████
WD 8 – 3000 – 143/10

Abschluss der Arbeit:

08. November 2010

Fachbereich:

WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit,
Bildung und Forschung

██████████

██████████

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgewählte Fachliteratur	4
2.	Förderungen durch den Bund	5
2.1.	Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung „Demokratie lernen & leben“ (2002 – 2007)	5
2.2.	Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ – Ein Förderprogramm für Jugend und Schule	6
2.3.	Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, und „kompetent. für demokratie“, ab 2011 „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“	6
2.4.	Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus	7
2.5.	Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung	8
2.6.	Projekt der Initiative AKTION COURAGE „Schule ohne Rassismus“	9
2.7.	Stiftungsprojekt „Jugend debattiert“	9
3.	Länderprogramme und -projekte	10
3.1.	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK)	10
3.2.	Baden-Württemberg	10
3.3.	Niedersachsen	12
3.4.	Einzelne Projekte/Programme der weiteren Länder	14
3.4.1.	Bayern	14
3.4.2.	Brandenburg	15
3.4.3.	Bremen	15
3.4.4.	Hamburg	15
3.4.5.	Hessen	16
3.4.6.	Mecklenburg-Vorpommern	16
3.4.7.	Nordrhein-Westfalen	16
3.4.8.	Rheinland-Pfalz	17
3.4.9.	Saarland	17
3.4.10.	Sachsen	17
3.4.11.	Sachsen-Anhalt	18
3.4.12.	Schleswig-Holstein	18
3.4.13.	Thüringen	19
4.	Literaturverzeichnis	20

1. Ausgewählte Fachliteratur

In der Fachliteratur wird als zentraler Ort der Demokratieerziehung die Schule verstanden. Dabei wird das Erlernen demokratischer Werte und Prozesse hauptsächlich über **Partizipation** ermöglicht. Partizipative Schulstrukturen führen zur Herausbildung demokratischer Handlungskompetenzen und Wertschätzung demokratischer Prinzipien. Partizipation sollte daher Teil der Schulkultur werden. Voraussetzung für das Gelingen der Verankerung und Durchsetzung partizipativer Elemente ist das entsprechende Engagement der Lehrkräfte und Schulleitungen. Fächerübergreifende Projektorientierung und sozialintegrierende Lernaufgaben werden von Seiten der Demokratiepädagogik als wesentlich herausgestellt.

Als **partizipationsfördernde Lehr- und Lernkonzepte und Strukturen** werden u. a. genannt:

- Erlernen einer demokratisch geprägten Kommunikation,
- „Deliberationsforen“: Beratschlagung unterschiedlicher Perspektiven und Meinungen zu einem schulinternen oder gesellschaftspolitischen Thema in Form von demokratischem Sprechen und Mitsprache,
- „Service Learning“: Förderung und Ermöglichung von zivilgesellschaftlichem Engagement und aktiver Übernahme von Verantwortung für gemeinnützige Themen und Aufgaben,
- Klassenrat: basisdemokratische Einrichtung zur Regelung des Miteinanders,
- Schülerparlament: repräsentative Beteiligungskultur zur Mitbestimmung,
- Schulverfassungen (s. u.),
- themenspezifische Initiativen und Schülerfirmen: projektorientierte Beteiligung aller Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis,
- konstruktive Konfliktbearbeitung und systemische Mediation: selbstorganisierte Bearbeitung und Lösung von Konflikten,
- Zukunftswerkstätten: aktive Mitgestaltung der schulischen und außerschulischen Lebenswelt,
- Aushandlungsgruppen partizipativer Schulentwicklung: Institutionalisierung demokratischer Mitsprache- und Aushandlungsprozesse,
- politisches Engagement,
- Übernahme sozialer Verantwortung innerhalb und außerhalb der Schule, auch durch eine Öffnung der Schule gegenüber ihrem sozialräumlichen Umfeld und Kooperation mit außerschulischen Partnern (Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter 2007; Eikel, Angelika 2006; Georgi, Viola 2006; Sliwka, Anne 2008).

Ein besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung von **Schulverfassungen** gelegt. Sie beruhen auf der angenommenen Notwendigkeit der Aushandlung von Verhaltensregeln, Normen und Werten für die Schulgemeinschaft und können ein demokratisch vereinbartes, für alle verbindlich geltendes Regelwerk schaffen. Die Herausarbeitung konsensualer Normen und Werte wird dadurch ermöglicht. Als Kompetenzen können bei der von Lehrern, Schülern und Eltern gemeinsam vorgenommenen Ausgestaltung der Schulverfassung u. a. erworben werden: Kenntnis und Wertschätzung demokratischer Prinzipien, Vertrautheit mit demokratischen Prozessen und die Fähigkeit zur demokratischen Konfliktlösung. In der Literatur wird festgestellt, dass diese Möglichkeit demokratischer Schulentwicklung nur partiell genutzt wird. Zur Förderung von Schulverfassungen werden daher auch Fortbildungsmaßnahmen zur Ausbildung von Verfassungskoachen - Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern – empfohlen (Georgi, Viola 2006).

2. Förderungen durch den Bund

2.1. Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung „Demokratie lernen & leben“ (2002 – 2007)

Das von 2002 laufende und aufgrund der Ergebnisse der Föderalismusreform 2007 beendete Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) verfolgte als Hauptziele die Förderung demokratischer Handlungskompetenz und die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Gefördert wurde es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der BLK vom 01.04.2002 bis 31.12.2006. Beteiligt waren 13 Bundesländer (Ausnahmen: Bayern, Niedersachsen, Saarland) und rund 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen, die sich in etwa 30 Schulnetzwerken zu spezifischen Themen, wie „Schule als Demokratie“, „Verantwortung übernehmen für sich und andere“ oder zu Mediation und Partizipation zusammengeschlossen hatten. Für die Koordination der Programmschulen in den einzelnen Schulsets waren in jedem beteiligten Bundesland Netzwerkkoordinatorinnen und Netzwerkkoordinatoren beauftragt. Programmträger war das Interdisziplinäre Zentrum für Lehr- und Lernforschung (IZLL) an der Freien Universität Berlin.

Zielebenen der schulischen Arbeit waren: **Politische Kompetenzen** (z. B. Demokratieverständnis, politische Aktivitäten, Akzeptanz demokratisch getroffener Entscheidungen, Fähigkeit zur Analyse gesellschaftlicher Teilsysteme); **Soziale- und Selbst-Kompetenzen** (z. B. Entwicklung des Gerechtigkeitsverständnisses, Kritik- und Konfliktfähigkeit, Verantwortungswahrnehmung); **Schulische Partizipation** (z. B. wahrgenommene Mitbestimmungsmöglichkeiten, Partizipationswunsch, Verfahrensklarheit) und **Integration der Schule in ihr Umfeld** (z. B. reflektierte Formen der Zusammenarbeit mit dem familiären Umfeld, dauerhafte Kontakte zu vielfältigen Partnern im kommunalen Umfeld). Ca. ein Drittel der Schulen gaben fünf oder mehr Maßnahmen innerhalb des Programms an. Die meisten Maßnahmen wurden von bis zu drei Lehrkräften durchgeführt.

Im Rahmen des Programms wurden vielfältige Materialien zur Demokratieerziehung entwickelt und zusammengestellt, die auch nach seinem Abschluss genutzt werden (können): Demokratiebausteine, Praxisbausteine, Medienkisten, Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik, Beiträge zur Demokratiepädagogik, Beiträge zur Partizipationsforschung und Literatur-Tipps. Die einzelnen Länder haben aus dem Programm eigene, oft langfristige Projekte entwickelt. Die Bandbreite reicht von Modell- oder Programmschulen, Fortbildungsangeboten, Lernprojekten, demokratiepädagogischer Profilierung und Weiterentwicklung bis zur Schwerpunktsetzung der Demokratieerziehung in Landesinstituten. Die unter 2. aufgeführten Maßnahmen gehen zum Teil als Ergebnis aus der Teilnahme am BLK-Programm hervor.

Der Abschlussbericht zur **Evaluation** des Programms verweist auf **positive Ergebnisse**, wie z. B. eine breite Unterstützung des Programmanliegens in den Schulen und ihren Bezugssystemen; die Realisierung eines breiten Fortbildungsangebots und entsprechende Teilnahme durch die Lehrkräfte; eine differenzierte Wahrnehmung von Schulkultur und -klima und seine Bedeutung für die Entwicklung demokratierelevanter Kompetenzen. **Dennoch** konnte eine allgemeine Steigerung des Niveaus demokratierelevanter Kompetenzen nicht festgestellt werden, die auch unter den gegebenen Bedingungen nicht zu erwarten gewesen wäre. Z. B. weil nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler vom Programm erfasst waren, die Veränderungsprozesse nicht im ersten Jahr des Projekts begannen oder auch weil Schule und schulische Maßnahmen nur eine Bedingung bei der Entwicklung demokratierelevanter Kompetenzen sind. Konstatiert wird ein detailliert

konzeptionalisierter **Forschungsbedarf „demokratiebezogene Bildungsforschung“**, der eine solide Grundlage für die Entwicklung demokratiepädagogischer Praxis bieten soll.

Einzelheiten unter:

<http://blk-demokratie.de/index.php?id=83>

<http://blk-demokratie.de/laender/laender-bb.html>

http://blkdemokratie.de/fileadmin/public/download/materialien/weitere/DIPF_BLK_Abschlussbericht_2007.pdf

2.2. Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ – Ein Förderprogramm für Jugend und Schule

Der Wettbewerb **„Demokratisch Handeln“** wird seit 1990 jährlich für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Er will demokratische Haltung und Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden, Eltern oder Jugendarbeitern. Gesucht und unterstützt werden Projekte, Initiativen und Ideen, in denen das Lernen für Demokratie und Politik um Erfahrungsmöglichkeiten erweitert wird. Themen waren bislang: Demokratie in der Schule; Gewalt; Zusammenleben und Umgang mit Minderheiten; Umwelt und Umweltschutz; Auseinandersetzung mit der Geschichte, besonders der NS-Geschichte; Handeln in der kommunalen Öffentlichkeit. Abschluss der jährlichen Ausschreibung ist die **„Lernstatt Demokratie“**, eine mehrtägige Veranstaltung, zu der Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrkräfte herausragender Projekte eingeladen werden. Die Lernstatt besteht aus einer öffentlichen Ausstellung der eingeladenen Projekte mit Erfahrungsaustausch, ganztägigen Workshops von Teilnehmern und Experten, einer öffentlichen Auszeichnung der Teilnehmer sowie Gesprächsrunden mit Politikerinnen und Politikern. Als Beispiele seien genannt: Stuttgart 2004, Münster 2008, Jena 2009, Bremen 2010, Jena 2011.

Die Ausschreibung des Wettbewerbs wird vom BMBF gefördert. Ein Projekt zur regionalen Beratung, zur Fortbildung von Lehrenden und Schülerschaft, zur Projektbegleitung vor Ort und zur Basisfinanzierung der „Lernstatt Demokratie“ wird von einer Gruppe von Landeskultusministerien unter Federführung des Thüringer Kultusministeriums finanziell unterstützt. Zusätzliche Mittel werden jährlich von Stiftungen akquiriert. Sitzland ist Thüringen. Ideelle Partner des Wettbewerbs sind die Theodor-Heuss-Stiftung e. V. und die Akademie für Bildungsreform.

Einzelheiten unter:

<http://www.demokratisch-handeln.de/>

2.3. Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, und „kompetent. für demokratie“, ab 2011 „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“

Mit den Bundesprogrammen **„VIELFALT TUT GUT: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“** und **„kompetent. für demokratie“**, (Förderphase 2007 – 2010) hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, den Einsatz für Vielfalt und Toleranz sowie die Bildung von Beratungsnetzwerken gefördert. Bund, Länder und Kommunen haben ihr Engagement für ein demokratisches Zusammenleben gebündelt und gemeinsame Handlungsstrategien erarbeitet.

Das Programm „**VIelfALT TUT GUT: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ hat neben Lokalen Aktionsplänen auch Modellprojekte gefördert, die schwerpunktmäßig u. a. interkulturelles und interreligiöses Lernen, historisches Lernen oder die spezifische Fortbildungskonzepte für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte an Grundschulen behandelten. 19 Mio. Euro jährlich wurden an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt. Die Projektdurchführung lag bei der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, Berlin. Gefördert wurden 90 Lokale Aktionspläne und 89 Modellprojekte.

Einzelheiten unter:

http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4548/index_ger.html

Das Programm „**kompetent. für demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus**“ bot als Ergänzung eine Beratung vor Ort (auch in Schulen) in Konfliktsituationen mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund und Unterstützung der Intervention gegen Rechtsextremismus an. Gefördert wurde das Programm mit jährlich 5 Mio. Euro aus Bundesmitteln. Die Projektdurchführung lag bei der Stiftung Demokratische Jugend, Berlin.

Einzelheiten unter:

<http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/>

Beide Programme sind bei einer Abschlussveranstaltung am 21. und 22. Oktober 2010 in Berlin gewürdigt und analysiert worden. Seit 2007 haben 90 Kommunen im Rahmen der Bundesprogramme Lokale Aktionspläne erstellt, wodurch über 5.000 Einzelprojekte gefördert wurden, die über zwei Millionen Menschen erreicht haben. Darüber hinaus haben alle 16 Bundesländer flächendeckend Beratungsnetzwerke geschaffen, die Ratsuchende in Konfliktsituationen mit rechtsextremem Hintergrund unterstützen. 211 Städte, Gemeinden und Landkreise tragen nun den Titel „Ort der Vielfalt“.

Einzelheiten unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=163576.html>

In einer zweiten Förderphase ab 2011 sollen die entstandenen Netzwerke im Bundesprogramm „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“ gefestigt und Synergiepotenziale besser genutzt werden. Schwerpunkte der Programmumsetzung sollen sein: Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft, Demokratie- und Toleranzerziehung, soziale Integration, interkulturelles und interreligiöses Lernen/ antirassistische Bildungsarbeit, kulturelle und geschichtliche Identität sowie die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen. Ab 2011 stehen jährlich 24 Mio. Euro für das Programm zur Verfügung, also der volle Umfang der beiden Vorgängerprogramme.

Einzelheiten unter:

http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e8039/index_ger.html

2.4. Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus

„**Zeichen setzen! – Für gemeinsame demokratische Werte und Toleranz bei Zuwanderinnen und Zuwanderern**“: Das Konzept richtet sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund und Multi-

plikatorinnen und Multiplikatoren in der Bildungs- und Migrationsarbeit. Es dient der Prävention islamistisch-radikaler und ultra-nationalistischer Einstellungen bei jungen Menschen und soll die Erziehung zu Toleranz und Demokratie fördern. Ziel ist der Aufbau einer effektiven Vernetzung auf regionaler und kommunaler Ebene. Auch Netzwerke zu Schulen sollen geknüpft werden.

Vermittlung von Schlüsselkompetenzen zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltorientierten linksextremistischen Ideologien und Stiftungen: In Zusammenarbeit mit ausgewählten Schulen in Thüringen, Berlin, Hamburg und Hannover sollen mit zielgruppengerechten Bildungskonzepten demokratische Einstellungen gestärkt und die kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen linksextremistischen Ideologien gefördert werden.

Jugend für Demokratie und gegen Extremismus: Ziel des Projekts ist die Fortbildung von Jugendlichen zu Multiplikatoren und die Ermutigung zur Entwicklung eigener Partizipationsformen. Kooperationspartner sind Schulen und Universitäten aus Schleswig-Holstein und Hamburg.

Für die Programme gegen Linksextremismus und islamischen Extremismus sind für den Haushalt 2011 5 Mio. Euro vorgesehen (Strukturpapier 2011 zum Einzelplan 17). 2010 waren es 2 Mio. Euro.

Einzelheiten unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen.did=142564.html>

2.5. Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung

Aktionstage Politische Bildung: Sie wurden in Deutschland anlässlich des vom Europarat 2005 ausgerufenen Europäischen Jahres der Demokratieerziehung begründet und finden jährlich statt. Sie sind eine Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung, der Landeszentralen für politische Bildung und des Bundesausschusses Politische Bildung in Kooperation mit Evangelischen Akademien in Deutschland e. V.. 2010 fanden in über 200 deutschen Städten und Gemeinden Veranstaltungen der politischen Bildung statt. Schulen (in Projektarbeit), aber auch Vereine, Studienhäuser oder Volkshochschulen versuchen, Bürgerinnen und Bürger über politische Themen zu informieren und sie für eine Beteiligung an der Demokratie zu motivieren.

Einzelheiten unter: http://www.bpb.de/veranstaltungen/UAGXUU,0,0,Aktionstage_politische_Bildung_2010.html

Jugenddemokratiepreis: Die Bundeszentrale für politische Bildung verleiht seit 2009 den Jugenddemokratiepreis als Jugendkategorie des „Internationalen Demokratiepreises Bonn“. Mit dieser Auszeichnung werden junge Menschen aus ganz Europa für ihr Engagement zum Thema „Demokratie“ geehrt. Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert und wird an ein Projekt vergeben, das sich in herausragender Weise für mehr Demokratie oder aktive Partizipation junger Bürger in Europa einsetzt. 2010 wurde der im Rahmen ihres Fachabiturs gedrehte Dokumentarfilm von Berliner Schülerinnen und Schülern „Damals waren wir Nummern, heute sind wir Menschen“ über das ehemalige KZ-Außenlager Lichterfelde gewürdigt.

Einzelheiten unter: http://www.bpb.de/veranstaltungen/TVGG7V,0,0,2_Jugenddemokratiepreis_geht_an_das_internationale_Projekt_Balkans_letacute%3Bs_get_up.html

„Die Beste aller Welten“- Demokratische Bildung für Bildungsbenachteiligte: Dieses Bildungsprogramm richtet sich insbesondere an bildungsbenachteiligte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Es umfasst drei Planspiele (Inselwelt, Lebenswelt, Wissenswelt), die jeweils einen Tag dauern und zusammen oder einzeln gespielt werden können. Sie sollen helfen, demokratische Bildungsprozesse zu entwickeln. Gedacht ist an einen Einsatz in zehnten Klassen von Haupt- und Grundschulen.

Einzelheiten unter:

<http://www.beste-aller-welten.de/data/index.html>

Schule ohne Rassismus: s. 2.6

Projekttag 9. November: s. 3.1

2.6. Projekt der Initiative AKTION COURAGE „Schule ohne Rassismus“

„**Schule ohne Rassismus**“ ist ein Projekt der **Initiative AKTION COURAGE**, die 1992 als Reaktion auf die gewalttätigen rassistischen Ausschreitungen in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock gegründet wurde. Zielsetzung ist die Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für alle Formen der Diskriminierung und Rassismus, die Förderung ihres Engagements gegen Diskriminierung und für Integration und Chancengleichheit, sowie humaner und demokratischer Denk- und Handlungsmuster, die Qualifizierung von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften und der nachhaltige Abbau von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt in der Gesellschaft.

Mittlerweile gehören mehr als 800 Schulen mit rd. 500.000 Kindern und Jugendlichen dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an. Voraussetzung für die Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus“ ist die Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler, die für das Bekenntnis zur Entwicklung und Durchführung von Projekten gegen Diskriminierung sowie eine offene Auseinandersetzung bei entsprechenden Vorfällen 70 Unterschriften sammeln müssen. Aktivitäten können u. a. sein: Veranstaltungen von Projektwochen, die Gestaltung von Ausstellungen, die Produktion von Theaterstücken.

Die Geschäftsstelle der Bundeskoordination wird gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Nationale Koordinierungsstelle XENOS, die Medienanstalt Berlin-Brandenburg, den Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den GEW-Landesverband Berlin sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Einzelheiten unter:

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/>

2.7. Stiftungsprojekt „Jugend debattiert“

„**Jugend debattiert**“ ist ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch-Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf-Stiftung auf Initiative und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten zur sprachlich-politischen Bildung an weiterführenden Schulen in Deutschland. Kooperationspartner sind die Kultusministerien und die Kultusministerkonferenz der Länder. Im Mittelpunkt steht ein bundesweiter Wettbewerb für Schülerinnen und

Schüler ab der achten Klasse. Zur Vorbereitung dienen Unterrichtsreihen, die zeigen sollen, wie vielfältig man Debattierfähigkeiten im Alltag nutzen kann. Die Förderung der Demokratie liegt hier im Erlernen der Debattenkultur, da Demokratie auch vom Wettstreit der Argumente lebt. Ebenso sind die zu diskutierenden Themen demokratierelevant, z. B. zum Wahlalter bei Kommunalwahlen oder zu Wahlrecht und Wahlpflicht. Die Grundlage des Wettbewerbs ist ein bundesweites Schulnetz; die Schulen sind schulartübergreifend in Verbänden organisiert. 2010 haben sich rund 90.000 Schülerinnen und Schüler und 4.000 Lehrer an 660 weiterführenden Schulen in ganz Deutschland am Wettbewerb beteiligt.

Einzelheiten unter:

<http://www.jugend-debattiert.de/index.php>

3. Länderprogramme und -projekte

3.1. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK)

Beschluss zur Stärkung der Demokratieerziehung: Aus Anlass des 90. Jahrestages der Konstituierung der Weimarer Republik, des 60. Jahrestages des Grundgesetzes und des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution in der DDR hat die KMK in ihrem Beschluss vom 6. März 2009 die Erziehung zur Demokratie als zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung beschrieben. Demokratie und demokratisches Handeln müssen gelernt werden. Die Länder erklären in dem Beschluss, zur Stärkung der Demokratieerziehung den Unterricht entsprechend weiterzuentwickeln und im Rahmen der Schülerbeteiligung auf eine größere Mitwirkung hinzuwirken.

Einzelheiten unter:

http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf

Projekttag 9. November: Die KMK hat am 18. Juni 2009 dazu aufgerufen, in den Sekundarstufen I und II zur Stärkung der Demokratieerziehung jährlich am 9. November einen Projekttag durchzuführen. Ziel dieses Projekttages ist es, eine vertiefte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts anzuregen und damit zur Demokratieerziehung beizutragen. Die Bundeszentrale für politische Bildung, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik haben aus diesem Anlass ein Angebotspaket mit didaktischen Materialien für die Gestaltung eines solchen Projekttages entwickelt. Auf den Projekttag und das Angebotspaket weisen die Landesregierungen/Landeszentralen für politische Bildung hin.

Einzelheiten unter:

<http://www.projekttag-deutsche-geschichte.de/>

3.2. Baden-Württemberg

Das **Schulgesetz für Baden-Württemberg** legt als Auftrag der Schule fest, unter Zugrundelegung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, die Schüler „zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-

demokratischen Grundordnung“ zu erziehen (Schulgesetz für Baden-Württemberg, § 1 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule).

Demokratieerziehung wird vom **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg** als **fächerübergreifendes Thema** verstanden. Leitgedanken und Kompetenzfelder zur Demokratie- und Werteerziehung sind in den Bildungsplänen aller Schularten enthalten. Vor allem in den Fächerverbänden Welt-Zeit-Gesellschaft der Hauptschule, Erdkunde-Wirtschaftskunde-Gemeinschaftskunde der Realschule und im Fach Gemeinschaftskunde des Fächerverbundes GWG (Geographie, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde) im Gymnasium sollen demokratische Werthaltungen bei Schülerinnen und Schülern entwickelt und gefestigt werden. Ziel ist der Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands. Außerdem sind den Schulen neue Freiräume eröffnet worden, um mit Projekten, Programmen und Wettbewerben den demokratischen Kompetenzerwerb einzuüben und zu vertiefen.

Als Folge wurden und werden zahlreiche entsprechende **Fortbildungen** angeboten, z. B. in Demokratiepädagogik, Gemeinschaftskunde oder Religion/Ethik sowie zu Themen wie „Aspekt Schülerpersönlichkeit – Verantwortung übernehmen“ am Beispiel der Eduard-Spranger-Schule Reutlingen (2009) oder „Schulversammlung – zentraler Baustein der Werteerziehung“ am Beispiel der Rosensteinschule Stuttgart, bei der das Konzept der sozialwirksamen Schule nahegebracht werden soll. Darüber hinaus werden **Handreichungen** entwickelt wie „SE 1“ als Theorie- und Praxishandbuch für die Erziehung zu demokratischem und verantwortungsbewussten Handeln oder „Aktiv gegen Schuleschwänzen“ (Erziehung zur Partizipation).

Darüber hinaus setzt der Landesbildungsplan auf **außerschulischen Unterricht**. Dazu zählt auch der Besuch von Gedenkstätten und die damit verbundene Auseinandersetzung mit Diktatur und Verfolgung. Die Gedenkstättenarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zum bewussten Umgang mit der Geschichte und zur Demokratieerziehung.

Weiterführende Informationen unter:

http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1146607_ePRJ-BAWUE20-PORTAL_pquickopensearch_yno/index.html?ROOT=1146607
<http://www.gedenkstaetten-bw.de/>

Das **Landesmedienzentrum Baden-Württemberg** bietet mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg das Projekt „**Menschenrechte**“ an. Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren bereiten journalistische Video-Interviews mit Zeitzeugen vor und führen das Projekt weitgehend selbständig durch. Menschenrechte und ihre Bedeutung im Alltag und in der Gesellschaft sollen begreifbar werden. Das Projekt dient der Demokratieerziehung und Wertevermittlung.

Einzelheiten unter:

<http://www.lmz-bw.de/medienzentren/stadtmedienzentrum-stuttgart/aktive-medienarbeit/filmprojekte-mit-schulen.html>

Die **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg** hält Angebote im Zusammenhang mit Demokratieerziehung bereit. Dazu gehören:

-
- Das Projekt „**Mit Zivilcourage gegen Extremismus**“ in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz als Angebot an Jugendliche sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit zum Thema „Rechtsextremismus“. Es wird mit Projekttagen und Weiterbildungen umgesetzt. Gesamtlaufzeit des Projekts ist Oktober 2009 - September 2011 und wird durch die Baden-Württemberg-Stiftung gefördert.

Einzelheiten unter:

<http://www.team-mex.de/>
http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=946%3Ateam-mex-mit-zivilcourage-gegen-extremismus&catid=86%3Aallgemein&Itemid=327

- **Die Politischen Tage** für Klassen aller weiterführenden Schulen zu einem ausgewählten politischen Thema. Die Außenstelle Tübingen ist dabei zuständig für die Durchführung von Politischen Wochen mit Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen. Grundgedanke ist, im Sinne von "Demokratie lernen – Demokratie leben" die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bei der Themenauswahl, der Vorbereitung und Durchführung an den anstehenden Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Einzelheiten unter:

http://www.lpb-bw.de/as_tuebingen.html

- Der **Schülerwettbewerb des Landtages Baden-Württemberg „komm heraus – mach mit!“**, der junge Menschen auf Politik neugierig machen und zu kritischem und tolerantem Engagement für die Demokratie anspornen soll. Der Wettbewerb wird jährlich durchgeführt. An ihm beteiligen sich zwischen 2.500 und 4.000 Schülerinnen und Schüler aller Schularten.

Einzelheiten unter:

<http://www.schuelerwettbewerb-bw.de/>

Darüber hinaus beteiligt sich Baden-Württemberg am Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“, am Projekt „Schule ohne Rassismus“ mit 65 titeltragenden Schulen und am Programm „Demokratisch Handeln“.

3.3. Niedersachsen

Der Bildungsauftrag des **niedersächsischen Schulgesetzes** legt fest, dass Erziehung und Unterricht dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Niedersächsischen Verfassung entsprechen müssen und die Schule die Wertvorstellungen zu vermitteln hat, die diesen Verfassungen zugrunde liegen. „Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen“ (Niedersächsisches Schulgesetz, § 2 Bildungsauftrag der Schule). In den **Lehrplänen**, insbesondere zu Geschichte, Politik und Sozialkunde, spielt die Vermittlung von Demokratie-Modellen und die Auseinandersetzung mit Demokratie und Diktatur eine wesentliche Rolle.

Ein Schwerpunkt der Demokratieerziehung ist die **Aufklärung über die Gefahren des Extremismus und verfassungsfeindliche Bestrebungen**. In diesem Zusammenhang leistet der niedersächsische Verfassungsschutz mit der „**Niedersächsischen Extremismus-Informationsstelle**“ (NEIS) verschiedene Beiträge, insbesondere für junge Menschen. Darunter fallen:

- Die **Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus - Demokratie schützen vor Rechts- und Linksextremismus“**, die sich vorrangig an Schülerinnen und Schüler und Jugendliche richtet,
- **Vortrags- und Informationsveranstaltungen** des Verfassungsschutzes an Schulen und Bildungseinrichtungen zum Thema Rechtsextremismus, die über aktuelle Erscheinungsformen und Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene berichten. Nach Angaben des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann ist seit Anfang des Jahres 2010 eine kontinuierlich wachsende Nachfrage an zielgruppenorientierten Vorträgen in Schulen zu verzeichnen,
- Eine in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) und der Landesschulbehörde konzipierte und durchgeführte **Fortbildungsreihe für Lehrkräfte** zum Rechtsextremismus,
- **Workshops** zu allen Extremismusbereichen in Kooperation mit dem Niedersächsischen Innenministerium bei Jugendkongressen (ganztägige Veranstaltungen für Schulen),
- **Publikationen** wie eine Grundrechtefibel für Grundschülerinnen und -schüler, drei Extremismus-Comics für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse und ein Planspiel „Demokratie und Extremismus“ für Schülergruppen ab der 10. Klasse.

Auch die **Polizei** leistet für Schülerinnen und Schüler Informations- und Aufklärungsarbeit über und gegen den Rechtsextremismus. Dazu gehört die Umsetzung der bundesweiten Informations- und Aufklärungskampagne „**Wölfe im Schafspelz**“, die über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aufklären will. Sie zielt auf Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen und verfolgt zwei Ziele. Sie möchte auf neue Formen der Anwerbung durch rechtsextreme Gruppierungen aufmerksam machen und zugleich zur selbstständigen Beschäftigung mit dem Thema anregen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein **Medienpaket** verteilt und ein **Kreativwettbewerb** für Schulklassen und Jugendgruppen (Drehen eines „TV-Spots gegen Rechts“) durchgeführt.

Als weitere Maßnahmen des Landes Niedersachsen zur Demokratieerziehung sind zu nennen:

- Die Vergabe des jährlich durch das Kultusministerium ausgelobten **Schülerfriedenspreises** zur Würdigung hervorragender Initiativen und über die Schule hinausgehender Projekte, die dem friedlichen Zusammenleben dienen,
- Die Beteiligung an „**Schule ohne Rassismus**“ mit 102 Schulen fast aller Schulformen,
- Die Einbindung des Kultusministeriums und der niedersächsischen Sicherheitsbehörden in das **Beratungsnetzwerk „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“**, das sich auch an Schulen richtet,
- Das **Projekt „Respekt“** als schulische Gewaltprävention,
- Die Arbeit der **Gedenkstätten** zur Erinnerung an die NS-Verbrechen, da sie als außerschulische Lernorte zu einer historisch fundierten Demokratieerziehung beitragen.

Einzelheiten unter:

http://www.mi.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=14797&article_id=90743&psmand=33

http://www.mi.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=14797&article_id=90204&psmand=33

Da die **niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung** zum 1. Januar 2005 aufgelöst wurde, entfallen Hinweise auf ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit Demokratieförderung oder Demokratieerziehung.

3.4. Einzelne Projekte/Programme der weiteren Länder

3.4.1. Bayern

Der bayerische **Ministerrat** hat am 12. Januar 2009 ein **Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus** beschlossen. Die darin angekündigte, vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus gemeinsam mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz vorbereitete Neueinrichtung eines **Kompetenznetzwerks „Demokratieerziehung“ bei den Staatlichen Schulberatungsstellen** mit neun Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz als Ansprechpartner für das Thema „Demokratieerziehung und politischer Extremismus“ ist umgesetzt worden. Die Regionalbeauftragten sind seit Mai 2009 an neun staatlichen Schulberatungsstellen tätig und unterstützen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte bei der Präventionsarbeit gegen extremistische Strömungen. Zu weiteren beschlossenen Maßnahmen gehören u. a. die Verstärkung der Lehrerfortbildung, das Lebenskompetenztraining PIT – Prävention im Team ab der 5. Jahrgangsstufe, Leseförderung mit Schwerpunkt Rechtsextremismus und ein Internetportal zur Problematik des Rechtsextremismus. Außerdem bietet das **„Europa-Portal – Demokratieerziehung an Schulen in Bayern“** vielfältige Informationen zu europäischen Themen und Fragen der Europa-Bildung an bayerischen Schulen.

Einzelheiten unter:

http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/rechtsextremismus/handlungskonzept_rechtsextremismus.pdf

http://www.km.bayern.de/km/asps/presse/presse_anzeigen.asp?index=1902

<http://www.bayern-in-europa.de/>

Berlin

Im Rahmen des **Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus** (2002-2011) werden jährlich ca. dreißig Projekte in den Bereichen Mobile Beratung und Netzwerke, Demokratische Jugendkultur und Stärkung der Zivilgesellschaft, Kommunale Integration und Stärkung von Nachbarschaft, Opferberatung sowie Dokumentation und Recherche gefördert. Die meisten Projekte befassen sich mit der Thematik „Bildung und Jugend für Demokratie“, wobei der Schwerpunkt auf dem Bereich Schule liegt. Mit den Leitprojekten „Schule ohne Rassismus“ und „Demokratiepädagogik im Schnittpunkt Schule/Jugendhilfe/Gemeinwesen“ soll die Entwicklung demokratischer Schulprofile und einer demokratischen Schulkultur unterstützt werden. Von 2003 bis 2011 wurden jährlich jeweils zwischen 1,2 und 2,3 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Von 2004 bis 2009 kamen Bundesmittel in Höhe von 2,2 Mio. Euro hinzu.

Einzelheiten unter:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexpro/rex_abschlussbericht_kurzfassung_bf.pdf?start&ts=1280759427&file=rax_abschlussbericht_kurzfassung_bf.pdf

3.4.2. Brandenburg

Das **Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)** und das **American Jewish Committee (AJC)** haben gemeinsam mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin das Modellprojekt „**Hand for Kids**“ entwickelt. Das Programm soll eine frühe und aktive Auseinandersetzung von Kindern der Jahrgangsstufen 1 bis 6 mit demokratischen Grundwerten anregen. Das zugrunde liegende **Grundwerte-Curriculum** hat zum Ziel, die Demokratiekompetenzen zu fördern und an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen teilzunehmen.

Einzelheiten unter:

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.225324.de>

3.4.3. Bremen

Das **Landesinstitut für Schule (LIS)** fördert **Projekte zur Demokratie- und Toleranzerziehung**. Schwerpunkte der Initiativen sind die Erprobung innovativer Kursprogramme und Lehrmaterialien zur Demokratie- und Toleranzerziehung sowie die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für den schulischen und außerschulischen Bereich. Die **Landeszentrale für politische Bildung Bremen** bietet den „**Demokratieführerschein**“ an, um zu lernen, wie man in einer Demokratie lebt und seine eigenen Interessen vertritt. Das Projekt richtet sich an Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, gerade auch in Zusammenarbeit mit Schulen.

Einzelheiten unter:

<http://www.lis.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen56.c.7162.de>,
<http://www.lzpb-bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen197.c.2407.de>

3.4.4. Hamburg

Der **Arbeitsbereich Demokratie- und Projektlernen im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg (LI)** hat sich zum Ziel gesetzt, die demokratischen Handlungskompetenzen durch Stärkung und Erweiterung der **Partizipationschancen** von Schülerinnen und Schülern zu entwickeln und zu fördern. Dies gilt für Projekte, die das innerschulische Zusammenleben betreffen ebenso wie für die Öffnung zum Stadtteil und die Kooperation mit außerschulischen Partnern. Zielsetzung ist der allmähliche Aufbau eines Netzwerks von Schulen, die sich zum Erleben und zur Einübung von Demokratie als Lebensform verpflichtet sehen.

Einzelheiten unter:

<http://www.li-hamburg.de/demokratie>

3.4.5. Hessen

Das **Hessische Kultusministerium** hat 2007 das Projekt „**Gewaltprävention und Demokratieler-nen (GuD)**“ mit einer Laufzeit bis 2012 initiiert. Das Projekt unterstützt Schulen bei der schuli-schen Weiterentwicklung und Implementierung gewaltpräventiver und demokratiepädagogischer Programme sowie der Schaffung partizipativer Strukturen durch Beratung und Fortbildung. Drei Bereiche sind in das Projekt integriert: Mediation und Partizipation, buddyY (Programm zum Sozi-alen Lernen) und PIT-Hessen (Prävention im Team). Das Projekt basiert auf einem „gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen des Hessischen Landtages vom 21. Juni 2006 zur Ergreifung von Maß-nahmen gegen Verrohung und Gewalt an hessischen Schulen“. Der landesweite **Demokratietag** will seit 2008 als Forum zum Austausch für interessierte Schulen, Schülerinnen und Schüler, El-tern, Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung bei der Gestaltung und Entwicklung von Schule und gelebter schulinterner Demokratie dienen.

Einzelheiten unter:

www.gud.bildung.hessen.de,
http://download.bildung.hessen.de/lakk/netzwerk/uebergreifend/gud/Ankuendi-gung_3_DT_2010_Kassel.pdf

3.4.6. Mecklenburg-Vorpommern

Mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 wurden in den **vier Staatlichen Schulämtern** des Landes Lehrkräfte als **Koordinatoren für Demokratieerziehung** eingesetzt. Sie unterstützen die Schulen dabei, ihre Vorhaben in Projekte umzusetzen und sorgen dafür, dass Angebote für Demokratieer-ziehung in den Schulen optimal genutzt werden. Die Landesinitiative „**Demokratie lernen und leben in Mecklenburg-Vorpommern**“ der **Landesministerien für Bildung, Wissenschaft und Kul-tur sowie der Justiz** richtet sich als Fortbildungsreihe an Lehrkräfte, Erzieher, Juristen, kirchliche Mitarbeiter und Schulsozialarbeiter. Demokratieerziehung wird als Anliegen aller gesellschaftli-chen Kräfte verstanden. Die Fortbildung will Unterrichtsinhalte und Strategien zur Weitergabe demokratischer Handlungskompetenzen vermitteln und konkrete Projekte entwickeln.

Einzelheiten unter:

http://suche.mvnet.de/cgi-bin/rp_de_search_bm.cgi?cc=1&URL=http:%2F%2Fwww.regierung-mv.de%2Fcms%2FRegierungsportal_prod%2FRegierungsportal%2Fde%2Fbm%2F_Ser-vice%2FPresse%2FAktuelle_Pressemitteilungen%2Findex.jsp%3F%26pid=20340&q=demokra-tieerziehung&wm=sub

3.4.7. Nordrhein-Westfalen

Der **Jugendwettbewerb „NRW. demokratie leben“** wird seit 2005 von der **Landeszentrale für po-litische Bildung Nordrhein-Westfalen** landesweit durchgeführt. Ihm liegt die Überzeugung zu-grunde, dass demokratische Grundrechte früh für Kinder und Jugendliche erfahrbar sein müssen. In dem Wettbewerb können sie ihre konkreten Vorstellungen und Projekte einbringen und ihren persönlichen Einsatz für eine demokratische Gesellschaft in Schule, Jugendeinrichtungen oder privat darstellen. **Die Kooperation zwischen dem Lern- und Gedenkort Jawne und der Grund-schule Mülheimer Freiheit Köln** unterstützt gemeinsam mit einem Künstlerteam und einer Zeit-zeugin des Holocaust durch die Auseinandersetzung der Kinder mit der NS-Diktatur die Frie-dens- und Demokratieerziehung in dieser Grundschule.

Einzelheiten unter:

<http://www.politische-bildung.nrw.de/veranstaltungen/jugendwettbewerb/aktuelles/index.html>
<http://www.bkj-remscheid.de/index.php?id=1340>

3.4.8. Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wurden als gemeinsames Projekt der **Koordinierungsstelle „Demokratie lernen und leben in Rheinland Pfalz“** beim **Pädagogischen Zentrum und der Serviceagentur „ganz-tätig lernen“ Rheinland-Pfalz** die sogenannten **„Modellschulen für Partizipation und Demokratie“** entwickelt. Um Modellschule zu werden, muss die Schule ein eigenständiges Schul- und Konsultationsprofil mit dem Schwerpunkt auf Partizipation aller an Schule Beteiligten aufweisen, das sie regelmäßig weiterentwickelt. Jede der Modellschulen, die in vier regionalen Netzwerken im Süden, Westen, Norden und der Mitte des Landes zusammenarbeiten, verfügt über beispielhafte Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, Eltern und außerschulische Fachkräfte. Neben der Beteiligung in Unterricht und bei Projekten geht es um die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz und die Förderung einer demokratischen Schulkultur, die die Öffnung von Schule und Kooperation mit außerschulischen Partnern vorsieht. Die Modellschulen bieten Fortbildungen, Anregungen und Unterstützung anderer Schulen an. Überwiegend sind sie Ganztagschulen und umfassen viele Schularten, z. B. Grundschulen, Förderschulen, Realschulen Plus, Gymnasien, berufsbildende Schulen oder freie Schulen. Der landesweite **Demokratietag** findet seit 2006 jährlich in verschiedenen Schulen als Forum des Austauschs und der Motivation zum bürgerschaftlichen Engagement junger Menschen zur breitgefächerten Thematik des Demokratielernens und -(er)lebens statt.

Einzelheiten unter:

<http://www.rlp.ganztaegig-lernen.de/Rheinland-Pfalz/Angebote/Modellschulen%20Partizipation.aspx>
<http://www.demokratietag-rlp.de/>

3.4.9. Saarland

Das **Adolf-Bender-Zentrum – Toleranz Netzwerk Saar** bietet im Rahmen des Aktionsprogramms zur Eingliederung benachteiligter Jugendlicher im Übergang Schule/Ausbildung/Beruf **Maßnahmen zur Förderung demokratischer Kompetenzen** an. Das Angebot richtet sich an Schulen ab der 8. Klasse und beinhaltet eine mehrmonatige Projektarbeit, eine Projektwoche sowie einen Thementag. Die **Vortragsreihe „Wider das Vergessen“** mit dem jüdischen Auschwitz-Überlebenden Alex Deutsch und der Liedermacherin Gabriele Klees in Schulen vermittelt aus sehr persönlicher Erfahrungen die Auswirkungen von Diktatur, Totalitarismus und Verfolgung und regt zur Auseinandersetzung mit demokratischen Werten an.

Einzelheiten unter:

www.toleranz-netzwerk-saar.de.

3.4.10. Sachsen

Das schulartübergreifende **Netzwerk assoziierter Schulen** hat den Ausbau und die Verstärkung eines selbstwirksamen Verbundes sächsischer Schulen zum Ziel, die Themen demokratischer

Schulentwicklung im Schulprogramm verankert haben oder dies beabsichtigen. Sie arbeiten insbesondere zu den Themen: partizipative Schulprogrammarbeit, Konfliktbearbeitung, Qualifizierung Gremienarbeit, Schulklima, Unterrichtsentwicklung. Das Projekt **„Demokratie gemeinsam lernen – Kommunikationsmanagement Schule gegen Extremismus“** (**Landeszentrale für politische Bildung Sachsen**) zielt auf eine Vernetzung und Zusammenarbeit von geeigneten Initiativen, Projektträgern und anderen Sachkundigen mit Schulen, Schulträgern, Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern. Kinder und Jugendliche sollen dabei befähigt werden, extremistische Einstellungen und Erscheinungsformen zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Wesentlich sind dabei Information und Aufklärung über die demokratiegefährdenden Inhalte des Rechtsextremismus und die Vermittlung einer positiven Grundhaltung zum demokratischen Rechtsstaat. Umfassende Informationsangebote und die Entwicklung von Erkenntnisprozessen werden als Strategien für Kinder und Jugendliche im Schulalltag und im Elternhaus empfohlen.

Einzelheiten unter:

<http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/8563.htm>

http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/download/download_broschueren/br_extremismus.pdf

3.4.11. Sachsen-Anhalt

Von 2007 bis 2010 wurde das **Modellprogramm „Demokratie-Transfer“** vom **Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)** im Auftrag des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt durchgeführt. Es hatte zum Ziel, die positiven Ergebnisse und Materialien des vorhergehenden BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“ zu verbreiten und die Idee zu stärken. Die Entwicklung einer demokratischen Schulstruktur und die Demokratieerziehung sollte in der Breite der Schullandschaft Sachsen-Anhalts verstetigt und fest verankert werden. An dem Projekt haben sich 24 Schulen in fünf regionalen Netzwerken mit Workshops, Multiplikatoren-ausbildungen, der Erarbeitung von Schulentwicklungs- und Unterrichtsbausteinen beteiligt. Bis auf Gesamtschulen waren alle Schulformen vertreten.

Einzelheiten unter:

http://www.bildung-lsa.de/schule/schul_und_modellversuche/demokratie_transfer.html

3.4.12. Schleswig-Holstein

Das **Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein** und das **Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)** bieten seit 2006 allen Schulen die Möglichkeit, sich zu einer **„Zukunftsschule“** ernennen zu lassen. Zukunftsschulen zeichnen sich durch Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung aus. Zu den Themen gehören neben ökologischen Fragen oder der Gesundheit auch Schülerbeteiligung und Demokratielernen. Mit der Zertifizierung als „Zukunftsschule“, die auf zwei Jahre befristet ist, wird vorbildliches Lernen mittels vielfältiger moderner Unterrichtsprojekte gewürdigt. Mittlerweile sind 167 Schulen mit der Auszeichnung versehen worden.

Einzelheiten unter:

<http://www.zukunftsschule.sh/>

3.4.13. Thüringen

Die **Evangelische Akademie Thüringen** und das **Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur** haben in 2010 ihre 2007 begonnene **Kooperation über Demokratieerziehung und Grundwerteorientierung** von Schülerinnen und Schülern um drei Jahre verlängert. Die Akademie will mit ihren freiwilligen Angeboten die unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen Angebote der Thüringer Schulen im Bereich der politischen Bildung ergänzen. Konkrete Angebote der Akademie für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse sind die philosophischen Projektstage „Denkwege“, mit denen Schülerinnen und Schüler ermutigt und befähigt werden sollen, über ethische, politische, kulturelle und allgemeine Themen zu philosophieren. Darüber hinaus bietet die Akademie den Thüringer Schulen **Projektstage zur DDR-Geschichte** an.

Einzelheiten unter:

http://www.ev-akademie-thueringen.de/Akademie/projekte/projekte_freie_seite.php?intID=366



4. Literaturverzeichnis

Da zu schnelleren Recherche der einzelnen Kapitel und Unterkapitel jeweils der Internetlink im Text angegeben ist, beschränkt sich das Literaturverzeichnis auf die Angaben zu Punkt 1.

Beutel, Wolfgang; Fauser, Peter (Hrsg.) (2007). Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag

Eikel, Angelika (2006). Demokratische Partizipation in der Schule. Berlin: BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“

Georgi, Viola (2006). Demokratie lernen in der Schule – Leitbild und Handlungsfelder. Berlin: Fonds „Erinnerung und Zukunft“

Sliwka, Anne (2008). Bürgerbildung. Demokratie beginnt in der Schule. Weinheim/Basel: Beltz